

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Handels-Zeitung

und
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

118. Jahrgang

Bezugspreis: In Leipzig und Umkreis monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,50 M., halbjährlich 6,50 M., jährlich 12,00 M. (Postgebühren eingeschlossen).
In anderen Orten monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 6,60 M., jährlich 12,50 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Einzelhefte 10 Pfennig.
Abbestellungsfrist: 15 Tage vor Ablauf des Monats.
Kontokorrent: Morgen-Ausgabe 11 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf.
Kaufstellenleiter: Dr. Erich Goerth, Leipzig.

Anzeigenpreis: In Leipzig und Umkreis 10 Pf. die Zeile für den ersten Tag, 8 Pf. für den zweiten Tag, 6 Pf. für den dritten Tag, 5 Pf. für den vierten Tag, 4 Pf. für den fünften Tag, 3 Pf. für den sechsten Tag, 2 Pf. für den siebten Tag, 1 Pf. für den achten Tag, 1 Pf. für den neunten Tag, 1 Pf. für den zehnten Tag.
In anderen Orten 12 Pf. die Zeile für den ersten Tag, 10 Pf. für den zweiten Tag, 8 Pf. für den dritten Tag, 6 Pf. für den vierten Tag, 5 Pf. für den fünften Tag, 4 Pf. für den sechsten Tag, 3 Pf. für den siebten Tag, 2 Pf. für den achten Tag, 1 Pf. für den neunten Tag, 1 Pf. für den zehnten Tag.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 22

Diensag, den 14. Januar

1919

Neuer Vormarsch der Polen

Polnische Patrouillen bei Züllichau

Züllichau, 13. Januar. (Drahtbericht.) Der Angriff gegen Kopnisch konnte wegen Ueberlegenheit der Polen nicht weitergeführt werden. Die kleine, von den Polen in Kopnisch eingeschlossene Besatzung (es waren 32er) hat sich aber durch den polnischen Ring durchgeschlagen. Die deutschen Kräfte stehen nun auf der Linie Groß-Smolken-Wognowa am Odra. Die Hauptmasse der Polen ist über Kopnisch hinaus mitgefallen. Polnische Patrouillen stehen wieder bis in die Gegend von Züllichau vor. Im Kreise Züllichau ist man nunmehr zur Gründung von Helmskompanien geschritten, die sich aus der einheimischen Bevölkerung rekrutieren und selbstgewählte Offiziere zu führen haben.

Polen, 13. Januar. (Drahtbericht.) General Dowbor-Mesnick ist von dem obersten polnischen Volksrat zum Kommandierenden der polnischen Streitkräfte ernannt worden. Er ist dieser Tage mit seinem Stab aus Warschau hier eingetroffen. Der General stand vorher in russischen Diensten, kapituliert nach dem russischen Zusammenbruch aber und trat dann in polnische Dienste.

Ueber die derzeitige militärische Lage in Polen erklärt W. T. S. von polnischer Seite folgendes: Im Abschnitt Hohenstaun ist die Lage unverändert. Im Abschnitt Jasin haben polnische Abteilungen Lublitz und Schwidzin genommen. Jasin ist von den polnischen Truppen umzingelt; weitere Kämpfe sind im Gange. Die Deutschen haben sich die polnischen Abteilungen unter dem Druck überlegener Kräfte zur Übergabe ergeben. Ueber die Lage am Odra wird mitgeteilt, daß zurzeit kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung besteht. Die Polen sind in Rehwalde eingezogen, während die deutschen Truppen den Uebergang über den Kanal bei Rehwalde noch halten. Die deutschen Streitkräfte halten die Linie Ciulow-Stelnes-Neudorf-Doppengarten.

Ein pirnaischer Feldzug gegen Dresden?

Dresden, 13. Januar. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Heute vormittag wurde dem hiesigen A- und S-Rat mitgeteilt, daß Soldaten, und besonders die Artillerie in Pirna, einen Angriff auf Dresden wegen der Vorgänge am Freitag beschlossen hätten. Der A- und S-Rat traf seine Vorbereitungen und mobilisierte die Dresdner Garnison.

Noch immer Schießereien im Zeitungsviertel

Berlin, 13. Januar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Während im Laufe des heutigen Tages, soweit bisher bekannt, überall Ruhe herrschte, und sich der Verkehr wie zu normalen Zeiten abwickelte — nur die Stadtbahn verkehrte noch nicht — wurde nach Eintritt der Dunkelheit kurz nach 5 Uhr von Häusern in der Nähe des Halleschen Tor und der Blücherstraße auf regierungsfreundliche Patrouillen auch mit Maschinengewehren geschossen. Die Straßenbahn fuhr an den Halleschen ohne Anhalten vorbei, auch am Reichstagsgebäude fuhr die Straßenbahn ohne Licht.

Berlin, 13. Januar. (Drahtbericht.) Schießereien, die sich am frühen Nachmittag auf allen Straßen des Zeitungsviertels entwickelten, legten der Regierung die Verführung nahe, daß abermals ein partiellblinder Putz auf den Wörwärdt geplant sei. Um für alle Möglichkeiten gerüstet zu sein, wurden mehrere Truppenabteilungen zur Verfügung gestellt, die sich in das Wörwärdt-Gebäude begaben und da, wo es möglich war, die Straßen absperren. Was die ununterbrochene Schießerei angeht, ist man der Meinung, daß es sich um halb wüßige Wurzeln handelt, die durch Spartaisten ausgeführt, noch im Besitz von Waffen und Munition sind. Mehrere Abteilungen von Regierungstruppen haben sich jetzt an die Arbeit gemacht, das ganze Viertel zu durchsuchen. Die zu untersuchenden Häuser werden besetzt, so daß jeder unerwünschte Zugang unmöglich gemacht wird. Durch die Razzia hofft die Regierung, nunmehr endlich in dem seit über eine Woche gefährdeten Viertel der Stadt Ruhe und Ordnung zu schaffen.

In Erwartung des Demonstrationszuges der Mehrheitssozialisten hatten um 2 Uhr nachmittags größere Menschenmengen sich unter den Linden versammelt. Um 3 Uhr wurden plötzlich die Zugänge nach beiden Seiten der Friedrichstraße abgesperrt. Das Publikum wurde zurückgedrängt und schon knallerten Schüsse und alles suchte in den Häusern und offenstehenden Läden Deckung. Von 5 bis 6 Uhr entwickelte sich nun ein heftiges Feuergefecht. Die Spartaisten schossen von den Dächern der Friedrichstraße und Querstraßen, wo sie sich eingenistet hatten. Die Zugänge zum Zeitungsviertel waren mit Einbruch der Dunkelheit gesperrt.

Zur Flucht der Spartakusführer

Berlin, 12. Januar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Ueber das Schicksal von Liebknecht und Lebknecht ist der Regierung zurzeit nichts bekannt. Es wird auf die bezeichnende Tatsache hingewiesen, daß gerade die Drahtzieher der Spartakusbewegung während der Kämpfe sich nicht in der Schützengasse befanden haben, wohl aber eine große Anzahl 16jähriger Jungen, die auf die Frage: „Was ist noch eurer Meinung Spartakus?“ keine Antwort geben konnten. Die

die nach Reich austrückte, um Dresden vor eventuellen Angriffen zu schützen. Ob nun die Pirnaer von den Dresdner Vorposten mitgeteilt worden, ließ sich bisher nicht feststellen. Jedenfalls aber ist der Dresdner A- und S-Rat fest entschlossen, jedem Angriff, von welcher Seite er auch kommt, mit aller Energie entgegen zu treten.

Die Sicherung der Wahlfreiheit

Dresden, 13. Januar. (Drahtbericht.) Folgender Aufruf des Gesamtministeriums wird in ganz Sachsen öffentlich angeschlagen:

In Sachsen Volk!
Alle großen Parteien unseres Landes sind sich einig, daß die von dem deutschen Rätekongreß beschlossenen Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar durchzuführen sind. Demgemäß ist es Aufgabe aller Verbände, die zur Durchführung erforderlichen Maßnahmen zu treffen und vorzulegen, daß jede gewalttätige Verhinderung der Wahlfreiheit unterbunden wird. Die gesetzlichen Bestimmungen geben Gewähr, daß Personen, die die Wahlen behindern würden, sich strafbar machen. Die Regierung fordert die gesamte Bevölkerung Sachsens auf, sich für die geordnete Durchführung der Wahlen einzusetzen.

Das Gesamtministerium.
Vuch. Jellner. Ceper. Grubnauer. Lipinski. Schwarz.

Verhandlung
über Beschlagnahme von Zeitungen, Zeitschriften und literarischen Erzeugnissen durch den Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig.
Die Beschlagnahme von Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen literarischen Erzeugnissen wird nur von solchen beauftragten Personen ausgeführt, die eine besondere Ermächtigung von einem der Vorstände des engeren Ausschusses hierzu haben.
Alle anderen Personen, die etwa solche Handlungen unternehmen, sind abzuweisen und dem engeren Ausschuß Mitteilung zu machen.
Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig.
Schöning. Egen.

Unabhängigen Führer Ledebour und Dr. Meyer sind unter dem Verdacht verhaftet worden, die Aufstandsbewegung mit allen Mitteln organisiert und unterstützt zu haben. Auch über das Schicksal dieser beiden Herren wird nach den bestehenden Befehlen entschieden werden, wie überhaupt die Regierung mit aller Entschiedenheit immer wieder betont, daß sie sich in jedem Fall streng an die bestehenden Gesetze hält und halten wird.
Berlin, 13. Januar. (Drahtbericht.) Nach der „V. 3. am Mittag“ hat der Kampf gegen die aus Berlin flüchtenden Spartaisten heute gestern in Tempelhof unter Unbeteiligten Todesopfer geendet. Die am Flughafen Tempelhof postierte Wache hatte den Befehl erhalten, von Berlin kommende Automobile anzuhalten und im Falle der Weigerung auf sie zu schießen. Mehrere Autos kamen dem Befehl nicht nach, so daß die Posten von der Waffe Gebrauch machten. Es wurden hierbei durch abtrende Kugeln insgesamt sechs Menschen getötet.

Erfolgreicher Kampf gegen die Plünderer

Berlin, 13. Januar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Ueber die Ausschreitungen im Stadtviertel am Halleschen Bahnhof wird noch gemeldet: Am Sonntag früh fuhr ein mit 30 Soldaten und Zivilisten besetztes Lokomotiv vor das Haus Große Frankfurter- oder Koppensstraße vor, wo sich das Goldwarengeschäft von Fremdling befand. Die Soldaten sprangen die herabgelassene eiserne Rolltreppe mit Handgranaten und drangen durch die zertrümmerte Schaufensterscheibe in das Geschäft ein, wo sie Goldwaren, Uhren und Schmuckstücke einpackten. Während die Räuber in den Läden arbeiteten, standen mehrere Spartaisten mit Gewehren Wache. Zwei Soldaten des Sicherheitsdienstes, die in einer Seitenstraße patrouillierten, eilen auf das Krachen der Handgranaten herbei und wollten die Eindringlinge festnehmen. Es entspann sich ein Feuergefecht, bei dem die Spartaisten die beiden Soldaten tödlich ver wundeten. Dann zogen die Räuber mit ihrer Beute davon. Am Köpplerplatz sah man eine Spartaistenbande ein Exzessivgeschäft ausrauben. Eine Patrouille von Fronttruppen eilte hinzu und schob die Plünderer über den Haufen. Zwei der Burden wurden getötet, zwei schwer verletzt. Ferner wurden in der letzten Nacht durch Verbrecher das Goldwarengeschäft von Weibsch, Gröner Weg 29, das Zigarrengeschäft von Roschmid, Andreaskirche 33, die Bäckerei von Kirchner, Andreaskirche 33, und die Bonbonschokladfabrik Schönbauer im selben Hause vollständig ausgeraubt.

In der Villenkolonie Oranienwald wurden in den letzten Tagen zehn räuberische Ueberfälle durch Spartaisten gemeldet. Um dem Treiben dieser lichtschauen Elemente zu steuern, ließ Oberst Reinhardt amends und nachts die Straßen patrouillieren. Je zwei Lastwagen mit Mannschaften besetzt fuhrten in Abständen von 200 Metern voneinander durch die Straßen. Auf ein Signal hielten beide Fahrzeuge, die Mannschaften sprangen heraus und sperrten die Straße in voller Breite ab. Auf den Anruf dieser Truppen mußte jedermann stehenbleiben und wurde dann von den Soldaten untersucht. Verdächtige Personen, die sich nicht ausweisen konnten oder ohne Waffenbesitz bei Kommandantur Waffen bei sich führten, wurden verhaftet.
(Siehe auch Seite 2)

Die Angeketteten und die Sozialpolitik

Von
Gustav Schneider.

Ein Grundrecht jedes Staatsbürgers ist das Vereinigungsrecht (Koalitionsfreiheit). Sich zur Wahrung gemeinsamer Wünsche und Forderungen zu Vereinen zusammenzuschließen, sollte keinem Staatsbürger verweigert sein. Aber erst im Laufe des Krieges ist der bekannte § 133 der Gewerbeordnung nach beständigem Widerstande endlich beseitigt worden, und auch sonst zeigte es sich an verschiedenen Stellen, daß die Vereinigungsfreiheit durch allenthalben geübte Abmachungen hinsichtlich zu machen. Solche Abmachungen klarer gesetzlicher Vorschriften dürfen in der kommenden Zeit nicht gebildet werden.

Im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung ist das Dienstrecht des Angestellten allmählich aus einem Rechtsverhältnis zu einem Rechtsverhältnis umgewandelt worden. Der wirtschaftlich stärkere Unternehmer ist jetzt fast in der Regel, dem Angestellten seine Vertragsbedingungen aufzuzwingen. Zwar hat der Angestellte das Recht, den Vertrag abzulehnen oder anzunehmen, aber bei dem großen Angebot von Arbeitskräften läßt ihm die Sorge um Lohn und Brot meist gar keine Wahl. Der „freie“ Arbeitsvertrag, den wir jetzt angeblich haben, steht zu seiner Gerechtigkeit eben gleich starke Parteien voraus, aber wer möchte behaupten wollen, daß diese Gleichheit zwischen einem Angestellten und einem Großbetrieb vorhanden ist. Hier bedarf es des Aufbaus nach zwei Seiten hin. Einmal den freibürgerlichen Ausbau des individuellen Angestelltenrechts, und zum anderen die Gewährleistung der durch kollektive Vereinbarungen zwischen den Verbänden der Arbeiter- und Arbeitnehmer getroffenen Abmachungen (Tarifverträge usw.) durch die Gesetzgebung.

Das Streben der Angestellten geht nach beamtenmäßiger Sicherung ihrer Stellung. Sie werden dazu gezwungen durch die wirtschaftlichen und sozialen Standesveränderungen. Die Angestellten, zumal die Verheirateten, sind mit viel härteren Fesseln an den Ort ihrer Tätigkeit gebunden und können ihn nicht so leicht wechseln. Aus allen diesen Gründen werden lange Kündigungsfristen erstrebt, die aber wieder den Nachteil haben, den Angestellten festzubinden, wenn sich ihm außer der üblichen Kündigungsfrist eine besser bezahlte Stellung bietet. Die Firmen sind meist einer vorzeitigen Entlassung abgeneigt, und so kann der Angestellte die günstige Gelegenheit nicht ausnützen. Das schafft viel Verbitterung, zumal ja die Bezahlung der Angestellten im allgemeinen schlechter ist als die des gelerntem Arbeiters. Die Angestellten wünschen deshalb den Ausbau des Angestelltenrechts in der Richtung, daß die Kündigungsfrist für den Arbeitgeber auf 8 Wochen vor Wertesjahresende, für den Arbeitnehmer aber auf 2 Wochen festgelegt wird. Solche angelegte Kündigungsfristen sind jetzt schon zulässig, soweit die Angestellten zugunsten des Arbeitnehmers nicht; es bedarf also nur einer zwingenden Bestimmung. Für den Arbeitnehmer ist jeder Stellenwechsel immer eine Existenzfrage, für den Arbeitgeber im schlimmsten Falle nur eine Unbequemlichkeit, deshalb wird man den Wünschen der Angestellten entsprechen müssen, zumal ja auch bisher schon sozial getrennte Arbeitergruppen ihren Angestellten keine Schwereigkeiten machen, wenn sie in einer neuen Stellung ein Gehalt bekommen, das sie selbst nicht anlegen wollten oder konnten. — Die Techniker, Werkmeister, Bureauangestellten usw. wünschen daneben die Vereinbarmachung des Angestelltenrechts unter Zugrundelegung des Rechts der Handlungsgehilfen. Das ist erwünscht, ist im Handelsrechtbuch, der Gewerbeordnung und im B. G. B. jetzt freilich Bestimmungen des Angestelltenrechts zusammenzufassen, kann kaum bestritten werden. Das es auf dem günstigsten Rechte bestehen muß, ist ebenso unabweislich, und daß dabei die Vorarbeiten gründlicher Kenner des Angestelltenrechts (wie Stadtrat Fleisch und Dr. Posthof) verwertet werden, ist in der heutigen Zeit selbstverständlich.

Mein, auch das freieste Angestelltenrecht würde heute nicht mehr genügen, um den Wirtschaftskrisen auszuweichen. Es war ja bisher schon eine der schwächsten Stellen unserer sozialen Gesetzgebung, daß für den Antrag kollektiver Streitigkeiten kein Rechtsweg vorhanden war. Man kann in Deutschland wegen 5 Pfennigen den Abweg beschreiten, aber wenn es sich um Lohn- und Arbeitsfreiheiten handelt, an denen das Schicksal von Hunderttausenden beteiligt ist, gibt es keinen ordentlichen Rechtsweg, da kann nur die Gewalt einschreiten. Solche Umstände sind in dem demokratisch-sozialen Rechtsstaate undenkbar. Es müssen Schlichteinrichtungen geschaffen werden, die Lohnstreitigkeiten schlichten und die Festlegung von Mindestgehältern mitwirken. Sie werden daneben die heilsame Wirkung haben, daß in der persönlichen Abänderung beider Teile manche Mißverständnisse von vornherein geklärt werden. Es ist gar nicht zu leugnen, daß manche Schlichte in den Auseinandersetzungen lediglich darauf zurückzuführen war, daß man sich gegenseitig nicht kannte.

Daß den Angestellten eine Berufskammer zugebilligt wird, wie allen anderen Berufen, ist eine Frage ausgleichender Gerechtigkeit. Deshalb ist die Forderung der Angestelltenkammern im Programm der Deutschen Demokratischen Partei enthalten. Auch Angestelltenausschüsse werden gefordert, die nach dem Hilfsdienstgesetz bereits errichtet, nach dessen Fortfall durch Erlass der Volksbeauftragten weiter bestehen bleiben. — Schwieriger ist die Frage der Konkurrenzklausele. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie in den meisten Fällen erforderlich ist. Andererseits wird, besonders in der chemischen Industrie, auf ihre Unentbehrlichkeit hingewiesen. Für die Angestellten aber ist die Konkurrenzklausele eine schwere Fessel, die auch volkswirtschaftlich schädlich wirkt, weil sie tüchtige Kräfte ins Ausland treibt. Man wird also dem Verbot grundsätzlich zustimmen können und nur in besonderen zu präzisierenden Fällen und bei hohen Gehältern Abweichungen zulassen.
Seit langen Jahren führen die technischen Angestellten einen Kampf

Wählt alle deutsch-demokratisch! „Lifte Zöphel“!

